

---

## Verkehrsreform Sinnvoller Ansatz

---

Bundesverkehrsminister Bodewig hat eine umfangreiche Verkehrsreform angekündigt. Ein wesentlicher Punkt der Reform ist die wirtschaftliche Trennung von Bahnbetrieb und Schienennetz. Dadurch soll auf der Schiene ein umfassender Wettbewerb zwischen verschiedenen Bahnunternehmen entstehen und der Schienenverkehrsanteil bis zum Jahr 2015 verdoppelt werden. Dies soll mit Hilfe einer privatwirtschaftlich geführten, unabhängigen Finanzierungsgesellschaft für Verkehrsinfrastruktur erreicht werden, die für das Autobahnnetz, für die Wasserstraßen und für das Schienennetz zuständig ist. Das Unternehmen soll sich durch Trasseneinnahmen auf den Schienen und durch die ab 2003 geltende LKW-Maut finanzieren.

Bislang ist die Netz AG im Konzernbereich der Deutschen Bahn angesiedelt. Es ist zwar grundsätzlich auch schon heute für andere Bahnunternehmen möglich, auf den Trassen der Netz AG zu fahren, dabei ist jedoch offensichtlich, daß diesen Unternehmen schlechtere Tarifbedingungen angeboten werden als der Bahn AG selbst. Dies unterstreicht auch die hohe Zahl der Einsprüche wegen Wettbewerbsdiskriminierung beim Eisenbahn-Bundesamt. Dieses Verhalten ist nur rational, wenn Betrieb und Netz zu einem Konzern gehören. Und es ist daher auch nicht überraschend, daß die Bahn sich gegen eine wirklich unabhängige Infrastrukturgesellschaft heftig wehrt.

Wenn jedoch die Chance wirklich wahrgenommen werden soll, mehr Güterverkehr auf die Schiene zu bekommen, dann ist dies nur durch eine strikte Trennung von Schienennetz und Betrieb möglich. Nur so können die Bahnunternehmen nicht nur untereinander wettbewerbsfähig werden, sondern vor allem gegenüber dem LKW an Attraktivität gewinnen. Hier sind so gravierende Rückstände in bezug auf Schnelligkeit, Service und Flexibilität gegenüber der Straße zu verzeichnen, daß man nur hoffen kann, daß dieses Konzept nicht viel zu spät kommt. cw

---

## Gasmarkt Freiwillige Öffnung gescheitert

---

Die Verbände der deutschen Gaswirtschaft und der Industrie konnten Anfang März keine Einigung über eine freiwillige Öffnung des deutschen Gasmarktes für neue Anbieter erzielen. Dadurch könnten sich Wirtschaftsminister Müller gezwungen sehen, den Zugang

zu den Gasnetzen mit einer Verordnung zu regeln und deren Einhaltung durch eine staatliche Regulierungsbehörde überwachen zu lassen.

Mehr Wettbewerb auf dem Gasmarkt wird es nur dann geben, wenn neue Gaslieferanten den bisherigen Gebietsmonopolisten Konkurrenz machen können. Neue Wettbewerber sind aber, um zum Verbraucher zu gelangen, auf die bestehenden Rohrleitungsnetze der konkurrierenden Netzbetreiber angewiesen. Ohne klare Regeln für den Netzzugang ist die Versuchung für die Netzbetreiber groß, potentiellen Konkurrenten den Marktzugang durch hohe Gebühren und bürokratische Anforderungen zu erschweren. Strittig war in den Verhandlungen vor allem, wie die Nutzung einer Leitung bei konkurrierenden Durchleitungsanträgen geregelt werden soll. Die Netzbetreiber weigern sich bisher, konkurrierende Anträge offenzulegen. Ein zweiter Streitpunkt war die Differenzierung der Durchleitungsgebühren in Kommunal-, Regional- und Importtarife. Hier wird den Netzbetreibern von der Industrie eine Politik der Einnahmenmaximierung vorgeworfen.

Wenn eine freiwillige Einigung bis Ende März mißlingt, erscheint eine staatliche Regulierung des Gasmarktes unausweichlich, zumal auch die EU auf eine Marktöffnung drängt. Eine sektorspezifische Regulierungshörde sollte allerdings, wenn überhaupt, nur befristet eingesetzt werden, da sie starken politischen Einflüssen ausgesetzt sein kann und einen hohen bürokratischen Aufwand erfordert. Daher sollte mittelfristig die Wettbewerbsaufsicht allein von der Kartellbehörde wahrgenommen werden. ke

---

## Europäische Zentralbank Diskussion um Zinssenkungen

---

Nach den Zinssenkungen der amerikanischen Fed werden auch in Europa Forderungen nach einer Zinssenkung laut. Hintergrund dieser Forderungen sind Befürchtungen, daß die „Landung“ der Konjunktur in den USA härter als erwartet ausfallen und die Wirtschaft in Europa mit nach unten ziehen könnte.

Bis Oktober 2000 hat die Europäische Zentralbank (EZB) in mehreren Schritten die Leitzinsen angehoben, um den – wie sie argumentierte – steigenden Inflationsgefahren entgegenzuwirken. Seither ist die Inflationsrate im Euroraum zwar wieder etwas zurückgegangen, sie liegt aber nach wie vor deutlich über 2%. Hinzu kommt, daß selbst die sogenannte Kernrate, die die kurzfristigen Schwankungen der Energiepreise auszuklammern versucht, inzwischen die 2%-Marke erreicht hat. Bedenkt man überdies die Sorgen über die künftige Lohnpolitik in einigen EWU-Ländern,

wie etwa Spanien und den Niederlanden, so besteht von dieser Seite eigentlich kein Zinssenkungsspielraum. Auch die andere Säule der EZB-Geldpolitik, die Geldmengenentwicklung, bot bislang kaum Anlaß für Zinssenkungen. Das Wachstum von M3 lag bis zuletzt über dem von der EZB festgelegten Referenzwert von 4 1/2%.

Allerdings wird das Geldmengenziel von 4 1/2% von vielen – auch den Wirtschaftsforschungsinstituten – als zu eng erachtet; die Institute halten 5% für angemessen. Zudem hat sich die Geldmengenexpansion seit einiger Zeit merklich abgeflacht; die laufende Entwicklung der letzten sechs Monate aufs Jahr hochgerechnet liegt deutlich unter dem Referenzwert. Es besteht eher die Gefahr des Unterschießens; von daher könnte – bei Anhalten des Trends – eine Zinssenkung angezeigt sein. Auch das Preisziel steht dem nicht unbedingt entgegen; es ist auf mittelfristige Sicht definiert, und hier wird – auch von der EZB – bald wieder eine Inflationsrate von unter 2% erwartet. jh

---

## EU

### Markttöffnung für ärmste Länder

Die Außenminister der EU haben Ende Februar auf ihrem Treffen in Brüssel einer Öffnung des EU-Marktes zugunsten der 48 am wenigsten entwickelten Länder der Welt (Least Developed Countries, LDC) zugestimmt. Damit wird diesen Ländern eine zoll- und quotenfreie Einfuhr sämtlicher Produkte, mit Ausnahme von Waffen und Munition, in die EU ermöglicht. Bis zuletzt hatten sich Frankreich, Spanien und Griechenland dieser Regelung widersetzt. Eine Einigung konnte nur nach Einschränkungen bei einigen sensiblen Produkten erzielt werden. So wird der vollständige Zollabbau für Bananen 2006 sowie für Reis und Zucker erst 2009 erfolgen. In der Übergangsphase werden die jährlichen zollfreien Einfuhrkontingente stufenweise angehoben. Die Entwicklung der Einfuhren soll in dieser Zeit sorgfältig beobachtet und die bevorzugte Behandlung im Falle einer auftretenden Marktstörung ausgesetzt werden.

Die praktische Wirkung für die LDC, deren Exporte knapp 1% der EU-Einfuhren betragen, ist allerdings als eher gering einzustufen, denn ein Großteil dieser Länder wird auch in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein, die Ausfuhren beträchtlich zu steigern. Hierzu fehlen die erforderlichen Produktionskapazitäten sowie eine exportorientierte Infrastruktur. Diese Engpässe können nur langfristig etwa durch erhöhte Direktinvestitionen aus dem Ausland beseitigt werden. Gleichwohl ist die Markttöffnung ein wichtiger Schritt

für eine verstärkte Integration der LDC in den Weltmarkt. Die USA oder Japan sollten diesem Beispiel folgen und damit die generelle Bereitschaft der Industrieländer für eine weitere Marktöffnung signalisieren. Zugleich könnte dies ein Entgegenkommen der Entwicklungsländer bei einer weiteren Welthandelsrunde bewirken. mi

---

## Japan

### Kollaps der Staatsfinanzen?

Daß ein Finanzminister vor einem Kollaps der Staatsfinanzen warnt, ist ungewöhnlich. Üblicherweise wird eine solche Gefahr verschleiert bzw. verniedlicht. Ein Prozeß in die Zahlungsunfähigkeit des Staates würde sonst beschleunigt. Der japanische Finanzminister Miyazawa bildete eine solche Ausnahme – jedenfalls für kurze Zeit: Die Warnung wurde wenig später widerrufen.

Über die Motive für dieses Spiel mit dem Feuer läßt sich nur spekulieren. Denn der Widerruf ist fast überzeugender als die Warnung. Zwar hat sich die Staatsverschuldung mit den zahlreichen umfangreichen Stimulierungsprogrammen zur Überwindung der Quasi-Stagnation seit den frühen neunziger Jahren auf 120% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verdoppelt. Auch ist bei der zu erwartenden kurz- bis mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung ein weiterer rascher Anstieg kaum zu vermeiden, selbst wenn das Budgetdefizit in den nächsten Jahren merklich reduziert würde. Belgien hatte jedoch im Jahre 1993 eine öffentliche Schuldenquote von knapp 135%, ohne zu kollabieren. Aber eine derart hohe Schuldenlast ist dauerhaft nicht tragbar. Sie macht früher oder später einen deutlichen Konsolidierungskurs erforderlich.

Die Defizitmentalität zu brechen, war aber wohl nur ein Aspekt der Warnung. Mit den teilweise massiven Stimulierungsprogrammen gelang keine Initialzündung; sie lösten lediglich Strohfeuer aus. Für die Ineffizienz der Finanzpolitik spielten schwerwiegende strukturelle Probleme eine Rolle, die nach dem Platzen der Preisblase an den Vermögenmärkten Anfang der neunziger Jahre deutlich geworden sind. Auch war die Geldpolitik nicht so expansiv, wie es angesichts der Wachstumsschwäche erforderlich gewesen wäre: Die Verbraucherpreise sind nach wie vor rückläufig. Vor diesem Hintergrund dürfte der Finanzminister vor allem auf eine Abkehr von Symptomkuren hin zu grundlegenden Reformen der Wirtschaftspolitik gezielt haben. Insofern war die Warnung vor einem Kollaps der Staatsfinanzen eine Bankrott-Erklärung der bisherigen Finanz- bzw. Wirtschaftspolitik. wt